

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 13

vom 5. April 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Kita-Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr..... 2

Gesundheit

Klinisches Krebsregister für Hamburg..... 4

Inneres

Verkehrsunfallbilanz 2012 6

Hamburger Erklärung: Zeichen der Entschlossenheit im Kampf gegen gefährliche Extremisten.....10

Schule, Jugend und Berufsbildung

Preisverleihung Landeswettbewerbe „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“13

Wissenschaft und Forschung

Kreativwettbewerb der HafenCity Universität prämiiert Siegerentwürfe für den Oberhafen15

Wirtschaft und Innovation

Offshore-Windenergie17

Justiz

Hamburg wird transparenter19

Hamburger Justiz zeigt Ausstellung zur Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer
des 20. Juli 194421

Datenschutz

Privatsphäre-Bestimmungen von Google auf dem Prüfstand.....23

Zur Information

Terminkalender24

2. April 2013/basfi02

Kita-Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr

Fünf Stunden Betreuung pro Tag: Senat legt Gesetzentwurf vor

Zum 1. August 2013 soll der Rechtsanspruch auf eine täglich fünfstündige Kindertagesbetreuung auf alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erweitert werden. Dies gilt dann unabhängig von einer Berufstätigkeit oder Ausbildung der Eltern. Am heutigen Dienstag hat der Senat einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, über den nun die Hamburgische Bürgerschaft beraten wird.

„Die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs ist sowohl von besonderer familien- als auch von bildungspolitischer Bedeutung“, sagt Familiensenator Detlef Scheele. „Eine gute und verlässliche Kindertagesbetreuung ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine frühe Förderung möglichst vieler Kinder erhöht auch deren Chancen auf einen guten Bildungserfolg und auf gesellschaftliche Teilhabe.“

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) geht davon aus, dass am 1. August insgesamt rund 21.500 Kinder unter drei Jahren in den Krippen und in der Kindertagespflege betreut werden. (Ende 2012 waren es knapp 20.000.) Die Betreuungsquote liegt dann bei etwa 43 Prozent – vor allem im Vergleich mit anderen westdeutschen Bundesländern ist das ein sehr guter Wert.

Im Rahmen des Rechtsanspruchs können die Familien wählen, ob sie ihr Kind in einer Kita für fünf Stunden täglich bzw. in Absprache mit der Kita 25 Stunden wöchentlich oder in Kindertagespflege für 25 Stunden wöchentlich betreuen lassen. Das Mittagessen ist inklusive. Den Antrag auf Betreuung in einer Kita oder bei einer Tagespflegeperson können Eltern ab sofort bei ihrem zuständigen Bezirksamt, Abteilung Kindertagesbetreuung, stellen. Weitere Informationen auf www.hamburg.de/kita.

Hintergrundinformationen

Der Ausbau der Krippenbetreuung in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren mit großer Dynamik vollzogen. Vom März 2008 bis März 2012 hatte sich die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahre in Kitas und Kindertagespflege bereits um 6.700 erhöht.

Im Rahmen des Hamburger Krippenausbauprogramms wurden in den Jahren 2008 bis 2011 rund 57,9 Mio. Euro investiert. Für den weiteren Krippenausbau in den Jahren 2013 und 2014 wird der Bund für Hamburg 14,1 Mio. Euro bereitstellen. Hamburg stockt dieses Budget um zusätzliche zwölf Mio. Euro auf, so dass insgesamt 26,1 Mio. Euro in Hamburg für Neubau-, Erweiterungs-, Umbau- und Umwandlungsmaßnahmen im Krippenbereich verfügbar sind. Am 1. August 2013 werden voraussichtlich insgesamt 21.500 Kindern unter drei Jahren in Kitas und in Kindertagespflege betreut und damit eine Krippen-Betreuungsquote von etwa 43 Prozent erreicht.

Neben dem quantitativen Ausbau hat der Senat auch die Qualität der Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen sowie der Kindertagespflege in den Blick genommen. Die Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen wurden 2012 überarbeitet. Sie definieren den pädagogischen Rahmen der Arbeit und geben Orientierung für die Qualitätsentwicklung in den Kindertageseinrichtungen.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Olaf Dittmann
T +49 40 428 63 - 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

3. April 2013/bgv03

Klinisches Krebsregister für Hamburg

Verbesserung der onkologischen Versorgung zum Wohle der Patienten

Die Versorgung krebserkrankter Menschen in Hamburg soll durch eine flächendeckende klinische Krebsregistrierung langfristig weiter verbessert werden. Das klinische Krebsregister in Hamburg wird durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit Unterstützung der Ärztekammer Hamburg, der Hamburger Krebsgesellschaft, der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen sowie des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. realisiert.

Nachdem der Bundesrat der rechtlichen Grundlage zugestimmt hat, können nun bundesweit klinische Krebsregister nach einheitlichen Rahmenvorgaben Realität werden. Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hat dazu mit Vertretern der genannten Beteiligten eine gemeinsame Erklärung zur flächendeckenden klinischen Krebsregistrierung in Hamburg unterzeichnet. Damit wird eine strukturierte, kontinuierlich aktualisierte und bundesweit vergleichbare Datengrundlage zur Beurteilung von Erstdiagnose, Therapie, Verlauf und Ergebnis bei Krebspatienten in Hamburg geschaffen.

„Wir haben in Hamburg bereits ein hervorragendes epidemiologisches Krebsregister. Der Ausbau zu einem klinischen ist deshalb nur konsequent und ein Meilenstein für eine noch bessere Krebsbehandlung in Hamburg“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wir schaffen damit Transparenz darüber, wo und mit welchen Behandlungsmethoden Krebs erfolgreich behandelt wird.“

„Wir begrüßen die Weiterentwicklung des Krebsregisters. Wir Ärzte halten insbesondere die Vergleichbarkeit der Daten für wichtig, um Verbesserungen in der Versorgung zu erzielen. Die onkologische Versorgung, die sich in Hamburg durch eine Fülle spezialisierter Diagnostik, Therapie und Nachsorgeangebote auszeichnet, wird davon profitieren“, sagt **Klaus Schäfer, Vizepräsident der Ärztekammer Hamburg**.

Peter Oberreuter, 2. Vorsitzender der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft: „Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft begrüßt den sektorenübergreifende Startschuss des Senats für die regionale Qualitätssicherung der onkologischen Versorgung. Viele Qualitätsdaten werden in den Krankenhäusern bereits routinemäßig erhoben. Um zusätzliche Datenerhebung zu vermeiden, sollten alle Synergieeffekte geprüft werden.“

Auch die Krankenkassen und ihre Verbände in Hamburg begrüßen es, dass die Hansestadt die Initiative aufgenommen hat, um Strukturen für eine flächendeckende klinische Krebsregistrierung zu schaffen. Die Datensammlung bietet aus Sicht der Krankenkassen die große Chance, Neuerkrankungen künftig gezielter und frühzeitiger zu bekämpfen und damit die Situation der Patienten zu verbessern. Die Kassen finanzieren den Betrieb der klinischen Krebsregistrierung zum größten Teil.

Dr. Norbert Loskamp, Medizinischer Leiter des Verbandes der Privaten Krankenversicherung: „Für uns ist es sehr wichtig, dass das Ziel der Verbesserung der Behandlung krebserkrankter Menschen

für alle Patienten unabhängig vom Versicherungsstatus – gesetzlich oder privat - gewährleistet werden soll.“

"Die Hamburger Krebsgesellschaft erwartet von der Einführung eines klinischen Krebsregisters die Verbesserung der Qualität der Behandlung, eine Unterstützung der Wissenschaft und die Schaffung von Grundlagen für gesundheitspolitische Entscheidungen. Damit erfüllt sich nach jahrzehntelangem Bemühen endlich die Forderung der Onkologen", so **Prof. Dr. Ulrich R. Kleeberg, Vorsitzender der Hamburger Krebsgesellschaft.**

In Hamburg erfahren jedes Jahr über 10.000 Menschen die Diagnose Krebs, fast 5.000 Menschen sterben jährlich an einer Krebserkrankung. Objektive und vergleichbare Informationen zu Krebsdiagnostik und Therapie können den Behandlern Rückmeldungen zum Ergebnis geben, Versorgungsforschung ermöglichen und die therapeutischen Möglichkeiten verbessern. Die Informationen sollen regelmäßig ausgewertet und im Rahmen onkologischer Qualitätskonferenzen interpretiert werden. Dafür müssen Informationen zu Diagnose, Therapie und Krankheitsverlauf in Krankenhäusern und Praxen dokumentiert und systematisch an das Krebsregister übermittelt werden.

Der Hamburger Senat hatte die Schaffung eines klinischen Krebsregisters bereits zum Regierungsantritt in sein Programm aufgenommen und darauf gedrängt, dass die Bundesregierung die notwendigen inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in einem Gesetz zur klinischen Krebsregistrierung verbindlich festlegt. Dieses verpflichtet die Bundesländer mit engen zeitlichen Vorgaben zur flächendeckenden Einrichtung klinischer Krebsregister. Schon im kommenden Jahr soll damit begonnen werden, die Therapie- und Verlaufsdaten der onkologischen Patienten zu erfassen und zusammenzuführen.

Da die klinische Krebsregistrierung vor allem der Qualitätssicherung dient, wird ihr Betrieb zu 90 Prozent aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung finanziell gefördert, die privaten Krankenkassen haben ihre finanzielle Beteiligung für privat Versicherte ebenfalls zugesagt. Die Deutsche Krebshilfe hat sich darüber hinaus bereit erklärt, einen maßgeblichen Beitrag für einmalige Investitionskosten zu leisten. Die Länder sollen insgesamt jeweils zehn Prozent der Kosten übernehmen sowie ihre erfolgreich aufgebaute und etablierte epidemiologische Krebsregistrierung weiterführen. In Hamburg sind für die Realisierung des klinischen Krebsregisters im Haushalt 2013/14 jeweils bereits 500.000 Euro vorgesehen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

4. April 2013 / bis04

Verkehrsunfallbilanz 2012

Die Unfallsituation auf Hamburgs Straßen hat sich 2012 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle blieb nahezu konstant, ebenso die Zahl der Menschen, die hierbei verunglückten. Erfreulich ist, dass die Zahl der Schwerverletzten und der Verkehrstoten im letzten Jahr sank, während es andererseits mehr Leichtverletzte gab. Auch weiterhin bleibt es bei der weit überwiegenden Zahl von Unfällen bei Blechschäden (88,2%), der Anteil der Personenschadensunfälle betrug auch 2012 nur 11,8%.

„In fast allen Bereichen konnten wir 2012 eine konstante Entwicklung beobachten. Der Anstieg der Unfallzahlen, den wir von 2010 auf 2011 verzeichnen mussten, hat sich zum Glück 2012 nicht fortgesetzt. Wir bewegen uns jetzt wieder im Mittel der vergangenen Jahre“, sagte **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**. „Mein Dank gilt unserer Polizei, die die Zahl der Verkehrskontrollen im vorigen Jahr noch einmal gesteigert hat und auch ihre Aktivitäten bei der Unfallprävention auf einem hohen Niveau beibehält. Besonders freut mich, dass wir hierbei weiterhin von zahlreichen Partnern des Forums Verkehrssicherheit unterstützt werden“, so der Innensenator.

Insgesamt verunglückten auf Hamburgs Straßen im vergangenen Jahr 9.925 Personen. „Unsere Analyse des Unfallgeschehens zeigt, dass die weit überwiegende Anzahl von schweren Unfällen auf ein eindeutiges Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen ist, wobei dieses Fehlverhalten oft auf dem Egoismus des Einzelnen beruht“, so **Neumann**. Mit Kontrollen allein sei dies kaum zu beeinflussen: „Unser Appell für mehr Rücksicht und Vorsicht im Straßenverkehr ist keine Floskel, sondern hat einen ernsten Hintergrund.“

Die Eckdaten der polizeilichen Unfallstatistik für 2012:

- Mit – 0,6% gab es eine geringe Abnahme bei der Zahl aller von der Polizei **registrierten Verkehrsunfälle** (65.727 gegenüber 66.118).
- Die Zahl der **Verunglückten** stieg in Hamburg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 %, was auf die gestiegene Zahl von Leichtverletzten zurückzuführen ist (9.105 gegenüber 8.934 im Vorjahr, ein Zuwachs um 1,9 %.) Hingegen sank die Zahl der Schwerverunglückten erfreulich um 7,7% (787 gegenüber 853), ebenso ging die Zahl der Verkehrstoten leicht zurück (33 gegenüber 34).
- Auffällig: mehr als die Hälfte der **Verkehrstoten** (18 von 33) waren Fußgänger, in 14 Fällen verursachten sie den Unfall selbst durch Fehler beim Überqueren der Fahrbahn.
- **Die Zahl der verunglückten Kinder** (0 bis 14 Jahre) stieg um 9% von 741 auf 808. Die Zunahme ergibt sich hier aus einem Anstieg bei den Leichtverletzten von 638 auf 723, während die Zahl der Schwerverunglückten von 103 auf 85 zurückging. Kein Kind verunglückte tödlich.
- **Bei den jungen Erwachsenen** (18- bis 24-jährige) ging die Zahl der registrierten Unfälle um 2,1% leicht zurück (11.581 gegenüber 11.833), die Zahl der Verunglückten stieg dagegen von 1.393 auf 1.404. Die jungen Erwachsenen stellten zu 59,9% den Hauptunfallverursacher.
- Nachdem es bei der **Altersgruppe der Senioren** (ab 65 Jahren) im Vorjahr noch einen deutlichen Zuwachs der Unfallzahlen gegeben hatte, blieb diese Zahl in 2012 konstant (10.953 gegenüber

10.962). Dabei sank jedoch die Zahl der Verunglückten um 8,1% (884 gegenüber 962). 391 Senioren verunglückten mit dem PKW, 225 als Radfahrer, 148 als Fußgänger. Von den 18 getöteten Fußgängern des Jahres 2012 waren 9 Senioren. Von allen Altersgruppen stellten Senioren zu 60,9% am häufigsten den Hauptunfallverursacher.

- Nur leichte Veränderungen gab es bei den **Radfahrernfällen**. Die Zahl der registrierten Unfälle ging um 1,9% zurück (3.024 gegenüber 3.083). Dabei blieb die Zahl der Verunglückten mit 2.204 nahezu konstant (Vorjahr 2.208). Vier Radfahrer starben.
- Eine ähnliche Gesamtentwicklung zeigt sich bei den **Fußgängern**. Die Zahl der Unfälle reduzierte sich deutlicher um 7,9% (1.428 gegenüber 1.550), die Zahl der Verunglückten blieb nahezu unverändert (1.128 gegenüber 1.127). Darunter befindet sich allerdings die hohe Zahl von 18 getöteten Fußgängern.
- Auch bei den Unfallursachen gab es kaum Veränderungen. Der Fokus der Polizei richtet sich insbesondere auf die Verkehrsunfälle mit Personenschäden. Diese wurden einmal mehr zu rund 30% durch die Hauptunfallursachen überhöhte Geschwindigkeit und zu geringer Sicherheitsabstand ausgelöst. Einen leichten Anstieg gab es bei der **Unfallursache Alkohol**. 863 Unfälle unter Alkoholeinfluss wurden insgesamt festgestellt (Vorjahr: 834), dabei verunglückten 366 Menschen (Vorjahr: 360). In Relation zur Zahl der Unfälle ein hoher Anteil, was die besondere Gefährlichkeit von Alkohol am Steuer einmal mehr unterstreicht. Deutlicher noch das Bild bei **Drogenunfällen**. 117 Unfälle (Vorjahr: 102) waren nach Feststellung der Polizei auf diese Ursache zurückzuführen, dabei verunglückten 60 Menschen (Vorjahr: 69).

Laut **Innensenator Neumann** zeige die Analyse, dass keineswegs nur spezielle Problemgruppen Unfälle verursachten. Jeder Verkehrsteilnehmer sei beim Thema Sicherheit gefragt. Mit Blick auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer bleibe es Aufgabe der Stadt, zu informieren, zu beraten und Fehlverhalten auch konsequent zu sanktionieren. Die Behörde für Inneres und Sport werde daher ihre Aktivitäten bei Unfallprävention und Verkehrsüberwachung trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen unverändert fortführen.

Schon in der kommenden Woche startet in Kooperation mit Partnern wie der Unfallkasse Nord, ADFC, ADAC und anderen eine weitere Verkehrssicherheitsaktion, bei der das Miteinander von Autofahrern und Radfahrern im Mittelpunkt stehen wird.

Anlage:

<u>Freie und Hansestadt Hamburg</u>	2012	2011	+ / -	Differenz
Verkehrsunfälle gesamt	65.727	66.118	- 391	- 0,6%
Verunglückte im Straßenverkehr	9.925	9.821	+ 104	+ 1,1%
Darunter:				
Leichtverletzte	9.105	8.934	+ 171	+ 1,9%
Schwerverletzte	787	853	- 66	- 7,7%
Getötete	33	34	- 1	-

Verkehrsunfälle mit Kindern	607	646	- 39	- 6,0%
Verunglückte Kinder	808	741	+ 67	+ 9,0%
Darunter:				
Leichtverletzte	723	638	+ 85	+ 13,3%
Schwerverletzte	85	103	- 18	- 17,5%
Getötete	0	0	0	-

Verkehrsunfälle mit Jungen Erwachsenen	11.581	11.833	- 252	- 2,1%
Verunglückte Junge Erwachsene	1.404	1.393	+ 11	+ 0,8%
Darunter:				
Leichtverletzte	1.312	1.279	+ 33	+ 2,6%
Schwerverletzte	90	109	- 19	- 17,4%
Getötete	2	5	- 3	-

Verkehrsunfälle mit Senioren	10.953	10.962	- 9	- 0,1%
Verunglückte Senioren	884	962	- 78	- 8,1%
Darunter:				
Leichtverletzte	753	795	- 42	- 5,3%
Schwerverletzte	118	158	- 40	- 25,3%
Getötete	13	9	+ 4	-

Freie und Hansestadt Hamburg	2012	2011	+ / -	Differenz
Verkehrsunfälle mit Fußgängern	1.428	1.550	- 122	- 7,9%
Verunglückte Fußgänger	1.128	1.127	+ 1	+ 0,1%

Darunter:				
Leichtverletzte	895	870	+ 25	+ 2,9%
Schwerverletzte	215	242	- 27	- 11,2%
Getötete	18	15	+ 3	-

Verkehrsunfälle mit Radfahrern	3.024	3.083	- 59	- 1,9%
Verunglückte Radfahrer	2.204	2.208	- 4	- 0,2%
Darunter:				
Leichtverletzte	2.000	1.995	+ 5	+ 0,3%
Schwerverletzte	200	210	- 10	- 4,8%
Getötete	4	3	+ 1	-

Verkehrsunfälle mit motorisierten Zweirädern (alle)	1.461	1.620	- 159	- 9,8%
Verunglückte motorisierte Zweiradfahrer	799	869	- 70	- 8,1%
Darunter:				
Leichtverletzte	645	720	- 75	- 10,4%
Schwerverletzte	151	141	+ 10	+ 7,1%
Getötete	3	8	- 5	-

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde



5. April 2013

Hamburger Erklärung: Zeichen der Entschlossenheit im Kampf gegen gefährliche Extremisten

Tagung der SPD-Innenminister und -senatoren der Länder zur Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, Finanzausstattung der Kommunen, Armutsmigration und Bleiberecht

Im Kampf gegen gefährliche Extremisten zeigen sich die SPD-Innenminister und -senatoren der Länder entschlossen: "Für unsere Sicherheitsbehörden gilt weiterhin das Gebot höchster Wachsamkeit", erklärten Hamburgs Innensenator Michael Neumann und NRW-Innenminister Ralf Jäger heute in Hamburg. "Aktuelle Entwicklungen vor allem im Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus zeigen: Wir dürfen nirgendwo wegsehen, nirgendwo nachlassen".

Auf Einladung von Innensenator Neumann sind die sozialdemokratischen Innenressortchefs am heutigen Freitag (05.04.) zu einer Konferenz im Hamburger Rathaus zusammengekommen.

Die SPD-Minister und -Senatoren drängten dabei auf einen zügigen Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ). "Um zu schnelleren und besseren Ermittlungsergebnissen zu kommen, brauchen wir keine zentralistische Megabehörde des Bundes, sondern eine gelebte Kooperation auf Augenhöhe", forderte Jäger. "Hierfür gilt es, schnellstmöglich ein tragfähiges Gerüst zu entwickeln."

Auch bei der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes forderten die sozialdemokratischen Innenressortchefs vom Bund mehr Tempo. "Bundesinnenminister Friedrich hat immer noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt, der die vereinbarten Schritte hin zu einer besseren Koordination und Kooperation der Verfassungsschutzbehörden aufgreift", erklärte Jäger. "Nur durch mehr Transparenz und eine engere Vernetzung der Behörden von Bund und Ländern kann es gelingen, den Menschen das Vertrauen in den Verfassungsschutz zurückzugeben", unterstrich Neumann. "Diese muss in der Praxis auch gelebt werden."

Verärgert zeigten sich die Minister und Senatoren über das "Nein" der Bundesregierung zu einem NPD-Verbotsantrag. "Statt den Bundesrat in Karlsruhe bei der Bekämpfung der rechtsextremistischen NPD zu unterstützen, macht sich die Bundesregierung nach monatelangem Lavieren einen schlanken Fuß. Die Bundeskanzlerin schiebt die Verantwortung auf die Länder ab", kritisierte Jäger. "Dieses

Wegducken ist ein verheerendes Signal." Die sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren setzten sich dafür ein, dass der Bundestag die Verbotsinitiative des Bundesrates unterstützt. "Die Tragweite dieser Entscheidung ist zu wichtig, als dass sie von parteitaktischem Kalkül geprägt sein sollte", so Jäger.

Deutliche Kritik an der Bundesregierung übten die sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren bei der dringend erforderlichen Neuregelung zur Mindestspeicherfrist für Telekommunikationsdaten. „Der seit fast drei Jahren andauernde Streit innerhalb der Bundesregierung ist ein Sicherheitsrisiko bei der Bekämpfung des Terrorismus, bei der Aufklärung von Mord und Totschlag und im Kampf gegen Kinderpornografie“, betonten Jäger und Neumann. "Das ist unerträglich, besonders für die Opfer!"

Kommunal Finanzen: Bund muss bei Sozialausgaben helfen

Für die Kommunen forderten die sozialdemokratischen Leiter der Innenressorts mehr finanzielle Hilfe vom Bund. "Unsere Kommunen ächzen unter der erdrückenden Last steigender Sozialausgaben", beklagte Jäger. Die schrittweise erfolgende Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sei ein erster Schritt, nicht mehr. "Der Bund muss künftig auch die Kosten der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung übernehmen", forderten die Ressortchefs. Hierzu müsse rasch ein Bundesleistungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Auf Länderebene initiierte Hilfsprogramme für die Kommunen könnten nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn auch auf Bundesebene "das Ruder herumgerissen und endlich Kurs auf eine kommunalfreundliche Politik genommen wird", so Jäger.

Armutsmigration: Wir brauchen gezielte Hilfe vor Ort

Thema des Treffens war auch der seit der EU-Osterweiterung im Jahr 2007 festzustellende vermehrte Zuzug von Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Diese kommen nicht nur als Fachkräfte, Studenten oder Saisonarbeitnehmer. "Wahr ist auch, dass es eine wachsende Zahl von Armutszuwanderern gibt, die aus schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen fliehen und ihr Glück bei uns suchen", betonte Neumann. "Dies stellt die betroffenen Kommunen vor große Probleme."

Die Bundesregierung habe das Problem viel zu lange ignoriert und zeige auch heute noch keine passenden Lösungen auf, kritisierten die Innenressortchefs. "Es greift viel zu kurz, den Schlüssel zur Lösung des Problems vorrangig in einem ordnungspolitischen Instrumentarium zu suchen", betonte Jäger. "Wir brauchen vielmehr eine gezielte Förderung von Projekten zur Bildung, Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung und Wohnraum, um die Lebensbedingungen der Menschen in ihrer Heimat nachhaltig zu verbessern."

Voraussetzung hierfür sei, dass bereit gestellte Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds tatsächlich abgerufen und dort eingesetzt würden, wo sie gebraucht werden. "Wir müssen die Zustände in Bulgarien und Rumänien genau analysieren und Möglichkeiten ausloten, um auf spürbare Verbesserungen hinzuwirken", erklärte Senator Neumann. "Hier ist auch der Bundesinnenminister gefordert, er darf dabei nicht untätig sein. Entsprechende Anstrengungen der Bundesregierung werden wir gerne konstruktiv unterstützen." Durch Beratung und den Transfer von "Knowhow" könne Vieles bewegt werden, ergänzte Jäger. Bis dahin sei der Bund aufgerufen, die von der zunehmenden Armutszuwanderung besonders betroffenen Städte stärker zu unterstützen.

Aufenthaltsrecht bei nachhaltiger Integration

Eine wirksame Aufenthaltsregelung für langjährig geduldete, gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer - auch hierauf drängen die sozialdemokratischen Minister und -senatoren. Sie begrüßten, dass der Bundesrat auf Druck sozialdemokratisch und grün geführter Länder jetzt eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat. "Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die auch künftige Schicksale berücksichtigt und das Entstehen immer wieder neuer Härtefälle wirksam verhindert", betonte Innensenator Neumann.

Die Hamburger Erklärung ist im Internet unter www.mik.nrw.de und www.hamburg.de/innenbehoerde abrufbar.

Rückfragen der Medien:

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen
Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500
pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport
Telefon 040 42839 2673
Telefax 040 42839 2797
pressestelle@bis.hamburg.de
www.hamburg.de/innenbehoerde

5. März 2013/bsb05a

Preisverleihung Landeswettbewerbe „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“

Wettbewerb „Schüler experimentieren“ in Hamburg erstmals auf Landesebene ausgetragen

63 Hamburger Nachwuchsforscher im Alter von 9 bis 20 Jahren haben ihre Forschungsaktivitäten im Rahmen der Landeswettbewerbe „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“ am Airbus Standort Hamburg präsentiert. Die Themenvielfalt reicht von einem mit Wasserstoffzellen betriebenen Modellboot über die Untersuchung von Farbstoffzusätzen in Lachsfleisch bis hin zu Robotern zur Erhöhung der Lebensqualität motorisch eingeschränkter Menschen.

„Wir freuen uns sehr, die Landeswettbewerbe „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“ in diesem Jahr gemeinsam ausrichten zu dürfen. Es ist eine einmalige Gelegenheit, technisch interessierte Kinder und Jugendliche zu fördern und für angewandte Ingenieurs-Themen, wie die Luftfahrt, zu begeistern“, sagte Dr. Thomas Ehm, Personalgeschäftsführer und Arbeitsdirektor von Airbus in Deutschland und Schirmherr des Landeswettbewerbes „Jugend forscht.“

Der Wettbewerb „Schüler experimentieren“ findet in diesem Jahr erstmals auf Landesebene statt und wird gemeinsam mit dem Landeswettbewerb „Jugend forscht“ ausgetragen. Bisher wurde „Schüler experimentieren“ in Hamburg nur auf Regionalebene ausgetragen; auf Landesebene bieten ihn nur etwa die Hälfte der Bundesländer an. „Ich freue mich besonders, dass zum fünften Landeswettbewerb „Jugend forscht“ bei Airbus erstmals auch die Teilnehmer der Juniorsparte „Schüler experimentieren“ am Wettbewerb teilnehmen,“ sagte Claudia Körper, Landeswettbewerbsleiterin „Jugend forscht“ Hamburg.

Eine weitere Neuerung besteht in der Zusammensetzung der Jury: Vier ehemalige Jugend-forscht-Preisträger, die jetzt bei Airbus in verschiedenen Funktionen arbeiten, bewerten die Arbeiten der Nachwuchsforscher zusammen mit einem weiteren Jugend-forscht-Alumni, der heute an der Universität Köln tätig ist. Sie ergänzen die Jury, bestehend aus Hochschulprofessoren, Lehrern und weiteren Airbus-Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen. Die ehemaligen Wettbewerbsteilnehmer stehen den Jungforschern auch als Ansprechpartner zur Verfügung und präsentieren ihnen ihre persönlichen Erfahrungen und Karriereentwicklungen.

Den 1. Preis in der Kategorie Biologie erzielten in diesem Jahr Benjamin Leopold Miesner (18) und Jonas Jacob Miesner (18) mit ihrem Projekt „Phosphat – Anthropogener Eingriff in das Ökosystem der Tide-Elbe“

In der Kategorie Chemie errangen Friedrich Kliebenstein (16) und Vincent Kenyaniyan (17) mit ihrem Forschungsprojekt „Xylitol als Kariesschutz in Kaugummis“ den 1. Preis.

Sieger in Mathematik / Informatik sind Lionel Will (16), Nele Naomi Striker (11) und Mariana Henningsen (16). Sie beschäftigten sich mit dem Thema „Roboter zur Lebensqualitätserhöhung von motorisch behinderten Menschen.“

Bestes Projekt im Themenfeld Physik erarbeitete Lars Rokita (18) mit der Untersuchung „Hochgenaue Temperaturmessung mittels Laserinterferometrie“

Alle genannten Projekte vertreten Hamburg beim diesjährigen Bundeswettbewerb vom 30. Mai bis 2. Juni in Leverkusen. Eine Übersicht aller Preisträger findet sich auf www.jugend-forscht.de.

Gut ein Drittel der 63 Teilnehmer in beiden Wettbewerben sind Mädchen. Für Airbus ist diese Zielgruppe von besonderem Interesse. Mit speziellen Praktika wie „Mädchen in technischen Berufen“ und einer PR-Kampagne unter dem Motto „Mädchen machen mehr“ möchte das Unternehmen den Anteil an weiblichen Auszubildenden steigern und pro Ausbildungsjahr eine Quote von 25 Prozent erreichen.

Airbus engagiert sich insgesamt stark in der Nachwuchsförderung. Neben der Ausrichtung des Landeswettbewerbs „Jugend forscht“ beteiligt sich Airbus an den Technikvorlesungen der Hamburger Kinder-Universität, arbeitet eng mit Schulen in den Regionen zusammen und betreut eine große Anzahl an Schülerpraktika. Darüber hinaus hat Airbus erfolgreiche Kooperationen mit Universitäten aufgebaut und finanziert vier Stiftungsprofessuren in Deutschland. Ein weiteres Element ist der weltweit erfolgreiche Airbus-Universitätswettbewerb „Fly-your-ideas“. Er zeichnet Projekte zur Entwicklung umweltfreundlicher Flugzeugsysteme und Konstruktionen aus.

Für Rückfragen der Medien:

Airbus Operations GmbH Heiko Stolzke, Unternehmenssprecher Tel. (040) 743 – 73016 E-Mail: heiko.stolzke@airbus.com Internet: www.airbus.com	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
---	---

4. April 2013/bwf04

HCU | HafenCity Universität
Hamburg

Kreativwettbewerb der HafenCity Universität prämiert Siegerentwürfe für den Oberhafen

Im Rahmen des interdisziplinären Wettbewerbs „Bau dir deine Uni!“ haben Studierende der HafenCity Universität Hamburg (HCU) Ideen für studentische Kreativarbeitsplätze in den Güterhallen am Oberhafen in der HafenCity entwickelt. Heute überreichten Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, der Vorsitzende der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH, Jürgen Bruns-Berentelg, sowie weitere Jury-Mitglieder die Preise an die Gewinner des Wettbewerbes.

Aufgabe des interdisziplinären Kreativwettbewerbs war es, Entwürfe für rund 300 studentische Arbeitsplätze zu erarbeiten. Dabei sollte die Gebäudestruktur der Hallen grundsätzlich erhalten bleiben. Neben konzeptionellen Überlegungen waren konkrete Ideen zu Tragwerkgestaltung, Brand- und Hochwasserschutz, Wärmedämmung und Energiebedarf ebenfalls Gegenstand der Ausschreibung.

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin für Wissenschaft und Forschung: „Der Oberhafen ist ein besonderer Ort, schon weil er mit seinen Lagerhallen und Gleisanlagen für ein ganz ungewohntes Bild der HafenCity steht. Ateliers und Studios auch für Studenten der HCU würden das geplante Kreativ- und Kulturquartier bereichern und eine lebendige Verbindung zwischen HafenCity Universität am Baakenhafen, HafenCity und Innenstadt schaffen.“

Dr.-Ing. Walter Pelka, Präsident der HafenCity Universität: „Gesucht war eine Vision, wie Studierende an der HCU in Zukunft lernen und arbeiten werden: Braucht Kreativität offene oder geschlossene Räume, statische oder flexible Einbauten, dauerhafte oder temporäre Module, um sich zu entfalten? Der Standort Oberhafen mit seinen historischen Hallen ist für diese verschiedenen Konzepte hervorragend geeignet, weil er durch seinen rauen Charme diese Offenheit zulässt.“

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH: „Die baldige Eröffnung der HafenCity Universität wird die Vielfältigkeit der HafenCity auf besondere Weise bereichern. Studentische Arbeitsplätze im Kultur- und Kreativquartier Oberhafen stellen eine wunderbare Facette für umliegende Quartiere, wie das Elbtorquartier und den Lohsepark, dar. Sowohl die Bewohner und Beschäftigten der HafenCity profitieren von der wachsenden Vitalität, wie auch die Studenten von dem spannungsreichen Umfeld, das ihnen geboten wird.“

André Poitiers, Hamburger Architekt und Stadtplaner, stellte als Vorsitzender der Jury fest: „Ich war beeindruckt von der Kreativität und hohen Qualität der Wettbewerbsbeiträge der Studierenden, aber auch von der professionellen Präsentation der Ideen. Die HCU hat mit dieser Vielfalt von intelligenten und kreativen Entwürfen ein breites Spektrum von interessanten Modellen für die Realisierung des Projektes.“

Den ersten Preis für den Entwurf „Basis“ erhielten Lasse Friedel, Boris Ikeda, Felix Müller und Sarah Schrodt. Den zweiten Platz erzielten Paul Kohlhaas und Julian Scheffczyk mit „Kreativtor Oberhafen“. Und auf dem dritten Platz landeten Sanaz Arefi Farel, Antonin Duquesne, Oskar Ellwanger und Romain Fiet mit ihrem Entwurf „Quereinsteiger“.

Insgesamt beteiligten sich an dem Wettbewerb weit über 100 Studierende aller an der HCU vertretenen Studiengänge. Die Preise wurden von der Henri Benthack Stiftung und der HafenCity Hamburg GmbH gestiftet.

Die Ausstellung der Entwürfe im Oberhafen läuft noch bis zum 11. April, täglich von 14 bis 18 Uhr, im Oberhafen, Halle 4, Tor 25 und 28 (Stockmeyerstraße 43). Alle Entwürfe können eingesehen werden unter: www.hcu-hamburg.de/oberhafen und werden vom 5. bis 11. April 2013 im Oberhafen, Halle 4 ausgestellt.

Hintergrund:

Das Quartier Oberhafen befindet sich in der HafenCity unweit des HCU-Neubaus, nördlich der Bahntrasse zum Hauptbahnhof. Derzeit noch überwiegend für Logistikzwecke genutzt, soll hier spätestens ab dem Jahr 2014 ein Kreativ- und Kulturquartier entstehen. Die HCU plant, Teile dieser Flächen von der HafenCity Hamburg GmbH anzumieten, um Raum für studentische Ateliers und Studios, Experimentier- und Veranstaltungsflächen zu schaffen. Weil sich die Flächen in direkter Nachbarschaft zum Neubau befinden, könnte so eine studentische Achse aus der HafenCity in den Oberhafen entstehen, die zu einer weiteren Vitalisierung der Quartiere beiträgt.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

HafenCity Universität Hamburg

Leitung Universitätsentwicklung, Organisation und Kommunikation

Andrea Pfeiffer

Tel: 040/42827-2730

E-Mail: andrea.pfeiffer@vw.hcu-hamburg.de

4. April 2013/bwvi04

Offshore-Windenergie

Welche Fachkräfte werden in der Zukunft gebraucht?

Die Energiewende ist in ihrer Gesamtheit derzeit die größte industriepolitische Herausforderung in Deutschland. Die aktuelle Strompreisdiskussion hat erhebliche Auswirkungen für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende – insbesondere für die Offshore-Windindustrie und die angrenzenden Branchen der maritimen Wirtschaft. Das Vertrauen der Investoren ist immer noch nicht wiederhergestellt – auch wenn die durch die Bundesregierung angedachten und in den letzten Wochen öffentlich diskutierten kurzfristigen Änderungen bei den Einspeise-Vergütungsregelungen zunächst vom Tisch sind. Hier haben die norddeutschen Bundesländer gemeinsam an einem Strang gezogen und sich sehr deutlich positioniert.

Klar ist aber auch: die Bundesregierung muss eine eindeutige und nachhaltige Planungssicherheit für die an der Energiewende beteiligten Unternehmen schaffen, damit Unternehmen investieren. Ihr Zögern bei der konsequenten Umsetzung der Energiewende kann die Zukunft von Unternehmen und Arbeitsplätze gefährden.

Norddeutschland soll weltweit führender Standort der Windenergieerzeugung – und technologie werden. Auch darin sind sich alle fünf norddeutschen Bundesländer einig. Planungssicherheit und Vertrauen sind bei der Entwicklung einer jungen Technologie wie der Offshore-Windenergie wesentliche Faktoren. Die Umsetzung ist mit langen Planungs- und Vorlaufzeiten verbunden. Anknüpfend an eine Studie der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) zu Aus- und Weiterbildungsangeboten für die maritime Wirtschaft in Hamburg aus dem Jahr 2010 und den Ankündigungen im Rahmen des Offshore-Workshops auf der 7. Nationalen Maritimen Konferenz am 27./28. Mai 2011 in Wilhelmshaven haben sich die BWVI und die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE mit Unterstützung des Instituts für Innovation und Technik (iit), Berlin daran gemacht, Transparenz über die Grundstrukturen in der Bildungs- und Qualifizierungslandschaft im Bereich Offshore zu schaffen. Es wurden Handlungsempfehlungen u.a. für die Initiierung neuer Bildungsangebote, für eine stärkere Vernetzung und eine positive Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet. Das Ergebnis ist eine Studie, die heute vorgestellt wurde.

Die wichtigste Botschaft:

Bislang haben der verzögerte Ausbau der Offshore-Windenergie sowie das Vorhandensein eines Pools an Quereinsteigern dazu geführt, dass der Fachkräftebedarf überwiegend noch gedeckt werden konnte. Mittelfristig rechnen viele Unternehmen aber mit Engpässen. Daher muss bereits jetzt damit begonnen werden, gemeinsam mit Wirtschaft und Industrie bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln.

Hamburg ist dabei auf einem guten Weg. Senator **Frank Horch** dazu: „Wir prüfen derzeit gemeinsam mit der Hochschule und Wissenschaftsbehörde, am Energiecampus Hamburg Bergedorf eine „Akademie Erneuerbare Energien“ mit einem Masterstudiengang zu gründen, um den Firmen am Standort Hamburg top-qualifiziertes Personal zu bieten sowie praxisorientierte Forschung und Lehre enger miteinander verzahnen zu können. Die Cluster – insbesondere das Erneuerbare Energien Cluster und das Maritime Cluster Norddeutschland – sorgen für Transparenz und schaffen Foren für bedarfsorientierte Initiativen. Meine Bitte an die Unternehmen: nehmen sie diese Angebote wahr! Denn Politik und Unternehmen müssen langfristig denken: Wenn wir eines in den letzten Jahren gelernt haben, dann dass Aus- und Weiterbildung zentrale Wettbewerbsfaktoren sind, aber gute Bildungs- und Infrastruktur nicht von spontan von heute auf morgen entstehen.“

Jörg Kuhbier, Vorsitzender des Vorstandes Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE ergänzt: „Um auf diesem Weg weiter erfolgreich voranzukommen, brauchen alle Beteiligten in erster Linie verlässliche Rahmenbedingungen. Zwischen der grundsätzlichen Entscheidung, einen Offshore-Windpark zu planen und der Inbetriebnahme, können 8 bis 10 Jahre vergehen. Wenn sich in dieser Zeit mehrfach der rechtliche Rahmen, das EEG mit seinen Einspeisevergütungen und sonstige Vorgaben im Umweltschutz verändern, kann niemand mehr mit dem gewünschten Maß an Sicherheit investieren. Wir wünschen uns, dass Schluss ist mit weiterer Energiewende-Experimenten und Bundesregierung und Bundestag an den bereits 2002 beschlossenen Offshore-Windenergie-Ausbauzielen festhalten. Nur so können Investoren wieder Vertrauen in diese junge Branche gewinnen und die Kosten von Offshore-Windenergie mittelfristig gesenkt werden.“

Die Studie kann auf der Internetseite www.hamburg.de/bwvi heruntergeladen werden.

Rückfragen der Medien: Susanne Meinecke, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Telefon: 04042831 2239, Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bwvi

2. April 2013/jb02

Hamburg wird transparenter

Senat legt ersten Bericht zur Umsetzung des Transparenzgesetzes vor

Der Senat hat heute einen ersten Bericht vorgelegt, in dem über den Stand der Umsetzung des Transparenzgesetzes informiert wird. Der Bericht ist im Internet unter hamburg.de/transparenzgesetz einsehbar.

Justizstaatsrat Dr. Ralf Kleindiek: „Hamburg ist transparent geworden und wir werden noch transparenter. Wir liegen bei der Umsetzung gut im Zeitplan. Mit dem Informationsregister ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern einen noch tieferen Einblick in die Abläufe der hamburgischen Verwaltung und machen behördliches Handeln nachvollziehbarer.“

Mit dem Transparenzgesetz können sich die Bürgerinnen und Bürger besser über die Arbeit öffentlicher Stellen informieren. Das Gesetz hat die bisherigen Informationsmöglichkeiten vor allem in zwei Bereichen erweitert:

Erstens wurde die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger Auskunft zu erhalten ab dem 6. Oktober 2012 ausgeweitet. Sie können auf Antrag binnen eines Monats (in schwierigen Fällen binnen zwei Monaten) Informationen nicht nur von Behörden im klassischen Sinne erhalten, sondern auch von Unternehmen, die der Kontrolle der Freien und Hansestadt Hamburg unterliegen. Personenbezogene Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse werden weiterhin geschützt. Die Zahl der Auskunftsanträge an die gesamte Verwaltung ist seit dem Inkrafttreten moderat gestiegen. Waren es früher circa 16 Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, so sind es nach dem Inkrafttreten des Transparenzgesetzes ab Oktober rund 29 vergleichbare Anfragen pro Monat. Darüber hinaus wurden zahlreiche Verträge wie die zur Elbphilharmonie oder zum Teilrückkauf der Energienetze freiwillig in das Internet eingestellt.

Zweitens werden ab Oktober 2014 viele Dokumente in einem elektronischen Register kostenlos im Internet für 10 Jahre veröffentlicht. Dies ist das Kernstück des neuen Transparenzgesetzes. Betroffen sind davon Informationen unterschiedlichster Art, von Senatsbeschlüssen über Gutachten und Studien,

Bebauungspläne, das Baumregister, das Hamburger Luftmessnetz, bis hin zu maschinenlesbaren Geodaten. In das Informationsregister wird das kürzlich gestartete Open Data Portal integriert werden. Um pünktlich zum 6. Oktober 2014 mit dem Register zu starten, wurde das behördenübergreifende Projekt „Umsetzung des Hamburgischen Transparenzgesetzes“ eingesetzt. Maßgeblich beteiligt sind die Finanzbehörde, die Behörde für Justiz und Gleichstellung und die Kulturbehörde mit dem Staatsarchiv. Es gliedert sich in die Teilprojekte Recht, Organisationsveränderungen und Technik. In dem Projekt arbeiten 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Über einen Beirat fließen auch außerbehördliche Erfahrungen, insbesondere von Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirche und der Transparenzinitiative und des Hamburgischen Beauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit ein.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

4. April 2013/jb04

Fritz Bauer Ausstellung eröffnet

Hamburger Justiz zeigt Ausstellung zur Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944

Die Hamburger Justiz zeigt in der heute eröffneten Ausstellung „Der Prozess um den 20. Juli – Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer und die Befreiung vom Stigma des Landesverrates“ den Umgang der bundesdeutschen Justiz mit dem Widerstand im Dritten Reich. Anlass ist ein Prozess, in dem das Landgericht Braunschweig vor gut 60 Jahren erstmals den Widerstand vom 20. Juli 1944 als rechtmäßig anerkannte und ihn damit vom Stigma des Verrats befreite.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Auch die Hamburger Justiz wurde im Dritten Reich zu einem willfährigen Instrument umgeformt. Sondergerichte wurden installiert, jüdische Richter und Beamte entlassen und die richterliche Unabhängigkeit de facto abgeschafft. Damit stellte sich die Hamburger Justiz in den Dienst des Unrechts. Das Gebot, die Erinnerung an das Grauen von damals lebendig zu halten, gilt deshalb in besonderem Maße auch für die Justiz in Hamburg.“

Generalstaatsanwalt Lutz von Selle: „Die Ausstellung beschreibt in eindrucksvoller Weise die herausragende und insbesondere im Ausland viel beachtete Rolle des Generalstaatsanwaltes Dr. Fritz Bauer in dem Prozess gegen den SRP-Abgeordneten Remer, den Bauer wegen Verunglimpfung von Widerstandskämpfern als „Landesverräter“ angeklagt hatte. Am Ende des Prozesses stand: Der NS-Staat war ein Unrechtsstaat, der Widerstand damit kein „Landesverrat“. Remer wurde verurteilt.“

Präsidentin des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg Erika Andreß: „Das Braunschweiger Strafverfahren zeigt, dass die wahrlich nicht unbelastete deutsche Justiz bei der Aufarbeitung der Schreckensherrschaft des Dritten Reiches eine wichtige menschliche und demokratische Rolle gespielt hat. Die erstmals von einem deutschen Gericht getroffene Feststellung, dass das Dritte Reich nichts anderes als ein Unrechtsstaat war, hat maßgeblich zur Anerkennung der Widerstandskämpfer beigetragen. Die Männer des 20. Juli 1944 und ihre tapferen Frauen waren Helden und Vorbilder!“

Die Ausstellung kann vom 5. bis zum 26. April 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 18.00 in der Eingangshalle des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, Sievekingplatz 2, besichtigt werden. Der Eintritt ist frei. Öffentliche Führungen finden statt am

Freitag, den 12. April 2013, ab 10.30 Uhr,
Donnerstag, den 18. April 2013, ab 15.00 Uhr,
Dienstag, den 23. April 2013, ab 15.00 Uhr.

Sie werden von der Hamburger Historikerin und Philosophin Dr. Bettina Stangneth und von Generalstaatsanwalt Lutz v. Selle durch die Ausstellung geführt. Anmeldungen werden unter ausstellung.hamburg@gmail.com erbeten. Schulklassen können sich unter Inga.Makridis-Junck@sta.justiz.hamburg.de oder telefonisch unter 428 43 1710 anmelden.

In der Ausstellung vermitteln eine Medienstation und mehrere Informationssäulen einen plastischen Eindruck von dem Prozess und der Rolle Fritz Bauers. Die Ausstellung ist Teil der Veranstaltungsreihe „Hamburg erinnert sich 2013“. Hamburg erinnert sich im Jahr 2013 vieler einschneidender historischer Ereignisse. In diesem Jahr jähren sich die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zum 80., die Reichspogromnacht zum 75. und die verheerenden Luftangriffe alliierter Verbände auf Hamburg zum 70. Mal.

Rückfragen der Medien:

Oberstaatsanwältin Nana Frombach
Pressestelle der Staatsanwaltschaften

Tel.: 040/428 43 21 08

Fax: 040/428 43 18 63

E-Mail: Nana.Frombach@sta.justiz.hamburg.de

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

2. April 2013/ds02

Privatsphäre-Bestimmungen von Google auf dem Prüfstand Task Force koordiniert das Vorgehen auf EU-Ebene

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat gegenüber der Google Inc. eine Kontrolle der derzeitigen Verarbeitungspraxis der Nutzerdaten angekündigt. Den Hintergrund bilden die neuen Datenschutzbestimmungen Googles. Sie wurden trotz erheblicher Bedenken der in der Art. 29-Datenschutzgruppe auf EU-Ebene zusammengeschlossenen nationalen Datenschutzaufsichtsbehörden im März 2012 durch Google in Kraft gesetzt.

Google lässt sich darin das Recht einräumen, die Daten, die von jedem einzelnen Nutzer in den zahlreichen Diensten Googles anfallen, umfassend und dienstübergreifend auszuwerten, ohne die Verarbeitungszwecke klar und für den Nutzer transparent zu benennen. Google wird durch die neuen Bestimmungen eine umfassende Auswertung von Nutzerdaten ermöglicht, die in erheblicher Weise zu einer Profilbildung Betroffener beitragen kann. Aufgrund der unbestimmten Vorgaben ist für den Nutzer völlig unabsehbar, welchen Umfang und Inhalt seine Einwilligung für die Verarbeitung seiner Daten hat. Dass die Empfehlungen der Art. 29-Datenschutzgruppe von Google größtenteils nicht aufgegriffen wurden, erfüllt die Datenschutzbehörden Europas mit großer Sorge. Die Behörden haben sich daher auf ein abgestimmtes Verfahren im Rahmen einer Task Force geeinigt, bei dem die jeweiligen nationalen aufsichtsbehördlichen Möglichkeiten zum Einsatz kommen sollen. Neben der federführenden Aufsichtsbehörde von Frankreich, den Aufsichtsbehörden von Italien, den Niederlanden, Spanien sowie dem Vereinigten Königreich nimmt auch der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit an der für das gemeinsame Vorgehen gegründeten Task Force teil.

Hierzu Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit: „Detaillierte Analysen, die die französische Datenschutzbehörde CNIL im Auftrag der Artikel 29-Datenschutzgruppe in den letzten Monaten erstellt hat, lassen durchaus Zweifel erkennen, ob nach der Änderung der Privatsphäre-Bestimmungen die Verarbeitung von Nutzerdaten durch Google auf einer zulässigen Grundlage erfolgt. Die Mitglieder der EU-Task Force werden dies nun nach Maßgabe der verschiedenen nationalen Rechtsvorschriften untersuchen. Sollten sich die datenschutzrechtlichen Bedenken bestätigen, können entsprechende aufsichtsbehördliche Maßnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten ergriffen werden.“

Pressekontakt / Rückfragen

Arne Gerhards, Tel.: 040/42854-4153

Terminkalender

Vom 8. April bis 14. April 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 08.04.2013

- 09:00** Kiel, Sparkassenarena
Senator Frank Horch und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen an der 8. **Nationalen Maritime Konferenz** vom 8.-9.04.13 teil.
- 11:00** Hannover, Messegelände
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht die **Hannover Messe**.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter Spaniens, Juan Pablo Garcia-Berdoy Cerez**, zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 12:30** Rathaus, Raum II
Senator Michael Neumann nimmt die Ehrung der **Polizeibeamtinnen und – beamten vor, die im Jahr 2012 hervorragende sportliche Erfolge erzielt haben**.
- 14:00** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die **Ministerin für Frauen und Familie der Republik Tunesien, Sihem Badi**, zum Gespräch.
- 15:00** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich des Senatsempfangs „**100 Jahre Krankenhaus Jerusalem**“ ein Grußwort.
- 16:15** Uni, Fachbereich Chemie, Hörsaal B, Martin-Luther-King-Platz 6
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der Vortragsreihe „**400 Jahre Chemie in Hamburg**“ ein Grußwort.
- 18:00** Uni, Agathe-Lasch-Hörsaal, ESA 1
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich einer Veranstaltung zum Gedenkjahr „**Hamburg erinnert sich 2013**“ ein Grußwort.
- 18:00** Museum für Kunst und Gewerbe (Spiegelsaal), Steintorplatz 1
Staatsrat Wolfgang Schmidt moderiert die Podiumsdiskussion der Europa-Union Hamburg mit dem Botschafter von Irland, Dan Mulhall, dem Botschafter von Portugal, Luis de Almeida Sampaio, und der Generalkonsulin Griechenlands, Ekaterina Dimakis, zum Thema „**Wie bewältigen EU-Krisenländer die schwierige Lage?**“.

19:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des Empfangs des **07. Deutsch-Afrikanischen Energieforums** ein Grußwort.

Dienstag, den 09.04.2013

10:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt empfängt den **Vizebürgermeister von Seoul, Kim Sang Bom**.

12:00 Hauptkirche St. Nikolai, Harvestehuder Weg 118
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Trauerfeier für Georg W. Claussen**.

13:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt den ehemaligen **Honorarkonsul der Republik Kasachstan, Prof. Dr. Peer Witten**, zum Abschiedsbesuch.

18:00 Hamburgmuseum, Holstenwall 24
Staatsrat Michael Sachs nimmt teil an einem Streitgespräch mit dem Wohnungswissenschaftler Manfred Ziercke zum Thema: **Brauchen wir 6000 Wohnungen – und dann?**

Mittwoch, den 10.04.2013

08:00 Hotel Lindner, Heimfelder Str. 123-125
Senatorin Jutta Blankau hält anlässlich der Veranstaltung des Wirtschaftsvereins einen Impulsvortrag zum Thema „**Stadtentwicklung im Hamburger Süden**“.

09:00 Bremen
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der Regierungschefs der norddeutschen Länder** teil (Konferenz Norddeutschland – KND).

10:00 Pressestand vor Abaton-Kino, Allende-Platz 3
Senator Michael Neumann nimmt an der diesjährigen **Fahrradsicherheitsaktion** teil.

10:00 Bei der Hammer Kirche 10
Senator Ties Rabe besucht gemeinsam mit Erzbischof Thissen die **Katholische Schule Hammer Kirche**.

10:30 Weimarer Str. 81
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der Eröffnung der **SAGA GWG Ausstellung im Weltquartier** ein Grußwort.

11:00 Kraftfahrt- Bundesamt, Förderstr. 16, 24944 Flensburg
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an der **Verkehrsministerkonferenz** vom 10-11.4.13 teil.

14:00 HMC, Messeplatz 1
Staatsrat Dr. Bernd Egert besucht die Messe „**Aircraft Interiors Expo 2013**“.

18:00 Max-Planck-Institut, Mittelweg 187
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nehmen an **der Preisverleihung der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-**

Stiftung zum „Dr. Günther Buch-Preis 2012 und 2013“ teil.

19:00 Airbus Finkenwerder,
Staatsrat Dr. Bernd Egerl nimmt am Senatsempfang anlässlich der „**Aircraft Interiors Expo 2013**“ teil.

Donnerstag, den 11.04.2013

10:00 CCH Hamburg
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Eröffnungsveranstaltung Deutscher Bautechnik-Tag 2013** ein Grußwort.

11:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Bürgermeister von Oslo, Stian Berger Røsland**, zum Gespräch.

17:30 Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Straße 2, 67346 Speyer
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Tagung zur digitalen Lebenswelt und an der Podiumsdiskussion zum Thema Transparenz** teil.

Freitag, den 12.04.2013

09:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Betriebsversammlung der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH** eine Rede.

10:00 Berlin, Bundesrat
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Horst- Michael Pelikahn nehmen an der **Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz** teil.

11:00 Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Senatsempfangs 60 Jahre Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt** ein Grußwort.

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.

11:30 Ehemaliges altes Zollamt, Alter Wandrahm 20
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich des „**UITP Policy Board**“(Tagung des Weltverband der öffentlichen Verkehrsunternehmen).

14:00 Evangelisches Krankenhaus Alsterdorf, Alsterdorfer Markt 4
Staatsrätin Elke Badde eröffnet die **Jahrestagung der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Ärzte der Menschen mit Behinderung“** mit einem Grußwort.

16:00 Klaus-Groth-Str. 21
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Einweihungsfeier der NABU-Geschäftsstelle** ein Grußwort.

18:30 Hotel Grand Elysee, Rothenbaumchaussee 10
Senator Frank Horch hält anlässlich des **50jährigen Jubiläums von Bijou Brigitte** die Festrede.

19:30 Ernst Deutsch Theater, Friedrich-Schütter-Platz 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Der Teufel und die Diva“**.

Samstag, den 13.04.2013

10:00 Landesinstitut, Felix-Dahn-Str.3
Senator Ties Rabe begrüßt die Teilnehmer des **9.Hamburger Elterntages** und spricht ein Grußwort.

14:00 Grand Elysee Hamburg, Rothenbaumchaussee 10
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am **Frühjahrsforum anlässlich des 10jährigen Jubiläums der GSAeZ-Deutschland e.V.** (Gesellschaft serbischer Ärzte und Zahnärzte)teil.

18:00 Deichtorhallen, Deichtorplatz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill eröffnet die „**13. Lange Nacht der Museen**“ mit einem Grußwort.

18:30 Schuppen 52, Australiastraße 52
Senator Ties Rabe nimmt an der Feier zum **70. Geburtstag von Dr. Michael Otto** teil.

Sonntag, den 14.04.2013

ganztägig Lateinamerika
Bürgermeister Olaf Scholz reist mit einer Delegation vom 14.-21.04.2013 nach **Lateinamerika**.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.